

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Pia Schellhammer und Nils Wiechmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

## Antwort

des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur

### Rechtsextremistische Aktivitäten und Straftaten in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage 476** vom 30. November 2011 hat folgenden Wortlaut:

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit hat in den letzten Jahren immer mehr zugenommen. Dass diese Haltung zu einer derartigen Gewaltserie, wie es nach und nach in den vergangenen Tagen herausgekommen ist, geführt hat, ist beschämend und Anlass zu größter Sorge. Vor dem Hintergrund der bekannt gewordenen Mordserie von Mitgliedern der rechtsterroristischen Gruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) einerseits sowie dem menschenverachtenden Aktionismus der rechten Szene andererseits fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Straftaten im Bereich der „politisch motivierten Kriminalität (PMK) – rechts“ sind der Landesregierung im Jahr 2011 bisher bekannt geworden (gegliedert nach Deliktsbereichen und mit der Bitte um genaue Auflistung der Gewalttaten nach Tatzeitpunkt, Tatort, Anzahl der Tatverdächtigen)?
2. Wie viele der genannten Straftaten wurden als fremdenfeindlich, antisemitisch oder rechtsextremistisch eingestuft?
3. Gibt es bei den Straftaten gegenüber dem Vorjahr Veränderungen, was die Anzahl oder die Schwere der Taten betrifft? Wenn ja, welche?
4. Wie beurteilt die Landesregierung diese Entwicklung?
5. Welche rechtsextremen Aktivitäten (Musikveranstaltungen, Versammlungen, Aufzüge, Kundgebungen etc.) sind der Polizei im Jahr 2011 bekannt geworden?
6. Sind der Landesregierung Verbindungen der rechtsextremen Szene in Rheinland-Pfalz zur rechtsterroristischen Gruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) bekannt? Wenn ja, welche?
7. Welche Präventionsstrategie verfolgt die Landesregierung bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus und welche Präventionsmaßnahmen werden gefördert?

Das **Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 22. Dezember 2011 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Polizeipräsidien melden dem Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz (LKA) Fälle „Politisch motivierter Kriminalität – rechts (PMK-rechts)“. Die nachfolgenden Fallzahlen zeigen den Stand vom 30. November 2011. Sie haben vorläufigen Charakter, weil sie sich aufgrund von Nachmeldungen und Korrekturen noch verändern können.

Die Polizeipräsidien haben bislang insgesamt 575 Straftaten gemeldet, die dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität-rechts (PMK-rechts)“ zugeordnet wurden. Darunter waren 29 Gewalttaten und 412 Propagandadelikte.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die „PMK-rechts“-Fälle, gegliedert nach Deliktsbereichen.

„PMK-rechts“ – Deliktsbereiche	1. Jan. 2011 bis 30. Nov. 2011
Tötungsdelikte	0
Brand-/Spengstoffdelikte	1
Körperverletzungen	24
Landfriedensbrüche	0
andere Gewaltdelikte (Raub, Freiheitsberaubung, Erpressung, Widerstandsdelikte, Sexualdelikte, Gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr)	4
<b>Gewaltdelikte gesamt</b>	<b>29</b>
Sachbeschädigungen	26
Bedrohungen/Nötigungen	4
Störung der Totenruhe	1
Volksverhetzungen	60
Propagandadelikte	412
andere Straftaten (beispielsweise Beleidigungen, Hausfriedensbruch, Versammlungsgesetz)	43
<b>Straftaten gesamt</b>	<b>575</b>

In der nachfolgenden Tabelle sind die „PMK-rechts“-Gewaltdelikte, gegliedert nach Tatzeitpunkt, Tatort und Anzahl der Tatverdächtigen aufgelistet.

Tatzeit	Tatort/Feststellort	Verletzte Rechtsnorm	Täterermittlung
28.01.2011	Trier	STGB § 223 Körperverletzung	Nein.
03.05.2011	Bad Neuenahr-Ahrweiler	STGB § 224 gefährliche Körperverletzung	Mutmaßliche fünf Tatverdächtige ermittelt.
17.09.2011	Trier	STGB § 224 gefährliche Körperverletzung	Mutmaßlich ein Tatverdächtiger ermittelt.
22.10.2011	Zeiskam	STGB § 223 Körperverletzung	Mutmaßlich ein Tatverdächtiger ermittelt.
05.10.2011	Kirchheimbolanden	STGB § 113 Widerstand	Mutmaßlich ein Tatverdächtiger ermittelt.
13.02.2011	Hermeskeil	STGB § 223 Körperverletzung	Nein.
30.03.2011	Speyer	STGB § 223 Körperverletzung	Mutmaßliche drei Tatverdächtige ermittelt.
07.05.2011	Ludwigshafen am Rhein	STGB § 223 Körperverletzung	Mutmaßlich ein Tatverdächtiger ermittelt.
19.06.2011	Koblenz	STGB § 223 Körperverletzung	Mutmaßlich ein Tatverdächtiger ermittelt.
19.08.2011	Ludwigshafen am Rhein	STGB § 223 Körperverletzung	Mutmaßlich ein Tatverdächtiger ermittelt.
03.06.2011	Trier	STGB § 224 gefährliche Körperverletzung	Nein.
19.03.2011	Koblenz	STGB § 113 Widerstand	Nein.
08.09.2011	Kaiserslautern	STGB § 223 Körperverletzung	Mutmaßlich ein Tatverdächtiger ermittelt.
22.03.2011	Ludwigshafen an Rhein	STGB § 223 Körperverletzung	Mutmaßliche zwei Tatverdächtige ermittelt.
05.06.2011	Frankenthal (Pfalz)	STGB § 223 Körperverletzung	Mutmaßlich ein Tatverdächtiger ermittelt.
24.08.2011	Mutterstadt	STGB § 223 Körperverletzung	Mutmaßlich ein Tatverdächtiger ermittelt.
31.07.2011	Kaiserslautern	STGB § 224 gefährliche Körperverletzung	Mutmaßlich ein Tatverdächtiger ermittelt.
23.03.2011	Koblenz	STGB § 223 Körperverletzung	Mutmaßlich ein Tatverdächtiger ermittelt.
11.05.2011	Ludwigshafen am Rhein	STGB § 224 gefährliche Körperverletzung	Nein.
14.02.2011	Ludwigshafen am Rhein	STGB § 223 Körperverletzung	Nein.
09.04.2011	Bad Neuenahr-Ahrweiler	STGB § 223 Körperverletzung	Mutmaßlich ein Tatverdächtiger ermittelt.
06.05.2011	Hermeskeil	STGB § 224 gefährliche Körperverletzung	Nein.
20.08.2011	Wolfstein	STGB § 223 Körperverletzung	Nein.
19.04.2011	Neustadt (Westerwald)	STGB § 306 Brandstiftung	Nein.
07.05.2011	Winningen	STGB § 113 Widerstand	Mutmaßlich ein Tatverdächtiger ermittelt.
04.02.2011	Andernach	STGB § 223 Körperverletzung	Nein.
22.03.2011	Idar-Oberstein	STGB § 224 gefährliche Körperverletzung	Mutmaßlich ein Tatverdächtiger ermittelt.
19.03.2011	Koblenz	STGB § 113 Widerstand	Mutmaßlich ein Tatverdächtiger ermittelt.
17.09.2011	Trier	STGB § 224 gefährliche Körperverletzung	Mutmaßlich ein Tatverdächtiger ermittelt.

Zu Frage 2:

Nach den Grundsätzen des Definitionssystems „Politisch motivierte Kriminalität“ bilden politisch motivierte Straftaten mit extremistischem Hintergrund eine Teilmenge der politisch motivierten Kriminalität (PMK). Von den insgesamt 575 Fällen hat die Polizei 559 Straftaten als extremistisch eingestuft. Bei 25 Straftaten konnte ein antisemitischer und bei 110 Straftaten ein fremdenfeindlicher Hintergrund festgestellt werden.

Zu Frage 3:

Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres hat die Polizei bis zum 30. November 2011 einen Rückgang der „PMK-rechts“ um insgesamt 18 Delikte verzeichnet (2010: 593). Die Gewaltdelikte sind um sechs Straftaten angestiegen (2010: 23). Die nachfolgende Tabelle zeigt die Veränderungen:

„PMK-rechts“ – Deliktsbereiche	Veränderungen zum Vorjahreszeitraum
Tötungsdelikte	0
Brand-/Spengstoffdelikte	0
Körperverletzungen	plus 3
Landfriedensbrüche	0
andere Gewaltdelikte (Raub, Freiheitsberaubung, Erpressung, Widerstandsdelikte, Sexualdelikte, Gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr)	plus 3
<b>Gewaltdelikte gesamt</b>	<b>plus 6</b>
Sachbeschädigungen	plus 1
Bedrohungen/Nötigungen	minus 8
Störung der Totenruhe	minus 1
Volksverhetzungen	plus 4
Propagandadelikte	minus 7
andere Straftaten (beispielsweise Beleidigungen, Hausfriedensbruch, Versammlungsgesetz)	minus 13
<b>Straftaten gesamt</b>	<b>minus 18</b>

Zu Frage 4:

Die Veränderungen der erfassten Straftaten der „PMK-rechts“ sind nicht offenkundig mit einem bestimmten Ereignis oder einer bestimmten Entwicklung in Zusammenhang zu bringen. Die Landesregierung bewertet die geringfügigen Veränderungen des Fallzahlenaufkommens als übliche zyklische Zu- und Abnahmen ohne signifikante Auffälligkeiten. Den Straftatenschwerpunkt mit rund 70 bis 75 % der Straftaten bilden seit Jahren die sogenannten Propagandadelikte, gefolgt von den Volksverhetzungsdelikten mit rund 10 bis 15 % am Gesamtaufkommen. Die Anzahl der Gewaltdelikte am Gesamtaufkommen beträgt rund 5 %. Überwiegend handelt es sich um einfache bzw. gefährliche Körperverletzungsdelikte ohne schwerwiegendere Verletzungsfolgen. In der Mehrzahl der Fälle hat die Polizei Tatverdächtige ermitteln können.

Die Landesregierung misst der Bekämpfung des Rechtsextremismus seit jeher einen sehr hohen Stellenwert bei. Insgesamt zeigt die Bekämpfungsstrategie der Landesregierung Wirkung. Im Bundesvergleich findet sich Rheinland-Pfalz unverändert im unteren Drittel der 16 Bundesländer wieder. Dennoch besteht kein Grund zur Entwarnung. Deshalb führt die Landesregierung die ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus konsequent fort und entwickelt sie weiter.

Zu Frage 5:

Der Polizei sind bis zum 30. November 2011 nachfolgende rechtsextreme Aktivitäten bekannt geworden:

Monat	Aktivität
Januar	– Acht Infostände des NPD-Kreisverbandes (NPD-KV) Vorderpfalz, – Saalveranstaltung im „Haus der Demokratie“ in Herschberg
Februar	– Zwei Infostände im Bereich des Polizeipräsidium (PP) Westpfalz, – Saalveranstaltung der Landes-NPD im „Haus der Demokratie“ in Herschberg

Monat	Aktivität
März	<p>Zehn NPD-Kundgebungen am</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- 05.03.2011 in Ludwigshafen, Motto: „Fremdarbeiterinvasion stoppen“,</li> <li>- 05.03.2011 in Neustadt/Weinstraße, Motto: „Beck muss weg“,</li> <li>- 05.03.2011 in Hochspeyer, Motto: „Mittelstand stärken“,</li> <li>- 05.03.2011 in Haßloch, Motto: „Afghanistan ist kein Freizeitpark“,</li> <li>- 05.03.2011 in Kaiserslautern, Motto: „Beck muss weg“,</li> <li>- 05.03.2011 in Böhl-Iggelheim, Motto: „Becks Freunde morden! Frieden jetzt!“,</li> <li>- 16.03.2011 in Landau, Motto: „Alliiertes-Bombenterror damals wie heute“,</li> <li>- 17.03.2011 in Pirmasens, Motto: „Ich glaube eher an die Unschuld einer Hure als an den Wahrheitsgehalt der Rheinpfalz“ (Anmerkung: regionale Tageszeitung),</li> <li>- 17.03.2011 in Neustadt/Weinstraße, Motto: „Alliiertes-Bombenterror damals wie heute“,</li> <li>- 18.03.2011 in Bad Dürkheim anlässlich Bombardierung der Stadt im Zweiten Weltkrieg.</li> </ul> <p>Fünf Demonstrationen des rechten Spektrums am:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- 10.03.2011 in Ahrweiler, Spontandemonstration anlässlich eines Auftritts von Thilo Sarrazin,</li> <li>- 12.03.2011 in Pirmasens gegen das Sprachinstitut,</li> <li>- 12.03.2011 in Zweibrücken anlässlich Bombardierung der Stadt im zweiten Weltkrieg,</li> <li>- 19.03.2011 in Koblenz gegen Repression,</li> <li>- 26.03.2011 in Trier, Wahlkampf-Demonstration der NPD,</li> <li>- Flugblattaktion der Jungen Nationaldemokraten/JN (NPD-Jugendorganisation),</li> <li>- Fünf Infostände des NPD-KV Westpfalz,</li> <li>- Saalveranstaltung im „Haus der Demokratie“ in Herschberg.</li> </ul>
April	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Politischer Gesprächskreis des NPD-KV Westpfalz in Pirmasens,</li> <li>- Demonstration des NPD-KV Westpfalz am 30.04.2011 in Kusel gegen osteuropäische Billiglöhner,</li> <li>- Jahresausflug des NPD-KV Koblenz,</li> <li>- Infostand des NPD-KV Westpfalz.</li> </ul> <p>Zwei Kundgebungen des NPD-KV Westpfalz und der Gruppierung PAX-Europa am:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- 02.04.2011 in Ludwigshafen, Motto: „Islam und Deutschenfeindlichkeit“ und</li> <li>- 29.04.2011 in Kaiserslautern, NPD-Kundgebung anlässlich des 1. Mai,</li> <li>- NPD-Aktivistentagung im „Haus der Demokratie“ in Herschberg.</li> </ul>
Mai	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Mahnwache des freien rechten Spektrums am 08.05.2011 in Bretzenheim, „Heldengedenken“ am Feld des Jammers,</li> <li>- Saalveranstaltung im „Haus der Demokratie“ in Herschberg,</li> <li>- Plakatierungsaktionen i. Z. m. Gedenken an den Todestag Rudolf Hess.</li> </ul>
Juni	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Parteigründung der rechtspopulistischen Partei „Die Freiheit“,</li> <li>- Skinheadkonzert im „Haus der Demokratie“ in Herschberg,</li> <li>- Aktion im Rahmen der neuen Aktionsform „Die Unsterblichen“ *) am 18.06.2011 in Ludwigshafen ohne bekannten Hintergrund,</li> <li>- Rechte Partyveranstaltungen der Gruppierungen „Nationale Sozialisten Mainz-Bingen“ und „Nationaler Widerstand Zweibrücken“.</li> </ul>
Juli	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Saalveranstaltung im „Haus der Demokratie“ in Herschberg,</li> <li>- Wikingerspiele des „Nationalen Widerstand Zweibrücken“,</li> <li>- Rednerveranstaltung im „Braunen Haus“ in Bad Neuenahr.</li> </ul>
August	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Treffen der NPD/JN,</li> <li>- Saalveranstaltung im „Haus der Demokratie“ in Herschberg,</li> <li>- Spontan-Demonstration der rechten Szene („Die Unsterblichen“) am 26.08.2011 in Ludwigshafen-Pfingstweide ohne bekannten Hintergrund,</li> <li>- Kundgebung am 27.08.2011 in Bad Neuenahr, Kundgebungstour anlässlich der Mobilisierung für den Antikriegstag am 03.09.2011 in Dortmund.</li> </ul>

\*) Es handelt sich um eine Art Kampagne der rechtsextremistischen Szene. Sie grenzt sich von anderen Organisationsformen wie den „Autonomen Nationalisten“ oder den „Kameradschaften“ ab. Die öffentlichen Inszenierungen, die bislang immer nach gleichem Muster stattfanden (Aufreten in der Dunkelheit, weiße Masken, Fackeln ...), wirken sehr mystisch und für Außenstehende auch bedrohlich und furchteinflößend.

Monat	Aktivität
September	<p>Drei Demonstrationen des NPD-KV Trier und der Gruppierung „Initiative Südwest“ am</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– 17.09.2011 in Trier wegen Ausschluss von Safet Babic aus dem Stadtrat,</li> <li>– 22.09.2011 in Trier wegen Ausschluss von Safet Babic aus dem Stadtrat,</li> <li>– 24.09.2011 in Alzey, Motto: „Wir zahlen nicht für eure Krise“.</li> </ul> <p>– Störung der Stadtratssitzung durch (ehem.) rechtes Stadtratsmitglied am 01.09.2011 in Trier,  – Kundgebung der NPD am 24.09.2011 in Worms,  – Saalveranstaltung im „Haus der Demokratie“ in Herschberg.</p>
Oktober	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Demonstration des NPD-KV Trier am 10.10.2011 in Trier, Motto: „Gegen die Heuchelei der Linkspartei – Wir gedenken den Stasi-Opfern“,</li> <li>– Pfalztreffen des NPD-KV Westpfalz,</li> <li>– Zwei Infostände der NPD bzw. des „Aktionsbüro (AB) Rhein-Neckar“,</li> <li>– Kundgebung des NPD-KV Westpfalz am 22.10.2011 in Wallhalben, Motto: „Gegen Repression und EU-Diktatur“,</li> <li>– Saalveranstaltung im „Haus der Demokratie“ in Herschberg.</li> </ul> <p>Drei Flugblattaktionen am</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– 22.10.2011 in Frankenthal und Speyer unter dem Motto: „Raus aus dem Euro“,</li> <li>– 23.10.2011 in Böhl-Iggelheim, Postkartenweinfwurf für „Aufbruch-freies-Deutschland“</li> </ul>
November	<p>Fünf Demonstrationen durch NPD-KV Westpfalz und Deutsche Weinstraße, „Nationaler Widerstand Zweibrücken“ und Aktivisten aus Nordrhein-Westfalen am</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– 05.11.2011 in Rockenhausen, Motto: „Wir zahlen nicht für eure Krise“,</li> <li>– 05.11.2011 in Winnweiler, Motto: „Wir zahlen nicht für eure Krise“,</li> <li>– 12.11.2011 in Zweibrücken, Heldengedenken,</li> <li>– 13.11.2011 in Haßloch bzw. Böhl-Iggelheim, geplanter NPD-Trauermarsch und Kranzniederlegung am Kriegerdenkmal wurde nur als Kundgebung genehmigt.</li> <li>– 19.11.2011 in Remagen, Rheinwiesener-Demonstration,</li> <li>– Infostand der NPD am 12.11.2011 in Haßloch,</li> </ul> <p>Zwei Kundgebungen des NPD-KV Trier und des AB Mittelrhein.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– 09.11.2011 in Trier, Motto: „Gegen die Herrschaft des Kapitals – Wir sind das Volk“,</li> <li>– 14.11.2011 in Remagen, Mobilisierung für die Rheinwiesener-Demonstration am 19.11.2011.</li> </ul> <p>Drei Mahnwachen i. Z. m. dem Zweiten Weltkrieg durch NPD-KV Westpfalz und freies rechtes Spektrum am</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– 09.11.2011 in Ludwigshafen-Mudenheim, Kranzniederlegung,</li> <li>– 20.11.2011 in Bretzenheim, Totengedenken,</li> <li>– 27.11.2011 in Pirmasens, Motto: „Raus aus dem Euro“,</li> </ul> <p>Zwei Saalveranstaltungen im „Haus der Demokratie“ in Herschberg.</p>

Die Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Erfahrungsgemäß finden neben den vorgenannten, meist öffentlichkeitswirksamen demonstrativen Versammlungen weitere rechtsmotivierte Veranstaltungen und Aktionen, wie z. B. Kameradschaftstreffen, private Grill- und „Sonnwendfeiern“, Geburtstagsfeiern und Freizeitveranstaltungen (z. B. Wanderungen/Ausflüge) statt.

Zu Frage 6:

Nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand sind keine verfahrensrelevanten Bezüge der bislang bekannten Mitglieder bzw. des Unterstützerumfelds der rechtsterroristisch orientierten Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)“ nach Rheinland-Pfalz offenkundig.

Zu Frage 7:

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist in Rheinland-Pfalz eine Daueraufgabe, die mit Priorität und von allen Ressorts wahrgenommen wird. Zwischen den beteiligten Stellen hat sich ein engmaschiges Kooperationsnetzwerk entwickelt. Die vielfältigen und vielschichtigen Maßnahmen der Landesregierung gegen Rechtsextremismus beruhen im Wesentlichen auf drei strategischen Säulen:

- Umfassende Prävention.
- Konsequentes Eingreifen (Null Toleranz gegenüber der Intoleranz!).
- Hilfen für Menschen, die den Ausstieg suchen.

Bei der Umsetzung dieser Strategie wirken alle mit. Von besonderem Belang ist dabei die Einbindung möglichst weiter Teile der Gesellschaft. Die Landesregierung hat dies mit vielen demokratischen Kräften in der Gemeinsamen Erklärung gegen Rechtsextremismus am 28. Mai 2008 unter dem Motto „Gemeinsam stark gegen Rechtsextremismus – für ein tolerantes und weltoffenes Rheinland-Pfalz“ zum Ausdruck gebracht.

Zur Initiierung und Koordination von Präventionsprojekten und zur Beratung der Kommunen wurde im Jahr 2008 beim rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz die Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus geschaffen. Weitere wichtige Einrichtungen in Fragen der Koordination und Vernetzung sind die Abteilung Landesjugendamt im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (Aussteigerprogramme, Beratungsnetzwerk, Website Komplex und Maps) und die Landeszentrale für politische Bildung.

Schwerpunktmaßnahmen des Landes:

Besonders hohen Stellenwert bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus genießt die Prävention. Sie setzt früh an und wird nachhaltig betrieben, indem unmittelbar am Thema orientiert gearbeitet wird, wie auch vielfältige mittelbare Präventionsmöglichkeiten genutzt werden. Ein wichtiges Ziel, das dabei verfolgt wird, ist die Verbesserung von Lebenssituationen latent für den Rechtsextremismus anfälliger Menschen. Exemplarisch für die in diesem Sinne mittelbar einwirkende Prävention sind arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, zur Wiedereingliederung arbeitsloser Jugendlicher in das Arbeitsleben sowie Qualifizierungsangebote und Programme im Rahmen der Aus- und Fortbildungsförderung. Ebenso von zentraler Bedeutung sind Maßnahmen zur Förderung der Integration und im Rahmen der politischen Bildungsarbeit.

Durch pädagogische Arbeit an Schulen werden junge Menschen mit dem Wertefundament unserer freiheitlichen Staats- und Verfassungsordnung vertraut gemacht. Mit diesen Maßnahmen sollen das Demokratiebewusstsein, die Werteorientierung und die Zivilcourage gestärkt werden. Daneben werden Möglichkeiten der Partizipation geschaffen und gestärkt.

Unter dem Leitgedanken Prävention durch Information erfolgt eine intensive Aufklärungsarbeit über den Themenbereich Rechtsextremismus. Viele Einrichtungen des Landes wie die Landeszentrale für politische Bildung, der Verfassungsschutz und die Polizei und vom Land geförderte Initiativen wie das Netzwerk für Demokratie und Courage informieren mit Schwerpunkt Jugendliche und wappnen sie gegen die braunen Verführer.

Für Rechtsextremisten selbst gilt: Erkennbare Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene wie beispielsweise Konzertveranstaltungen, Aufmärsche, die Verbreitung von Propagandamaterial etc. werden konsequent im Vorfeld aufgeklärt und im Rahmen des Rechts bekämpft. Dies hat zum Ziel, den Bewegungsspielraum der Rechtsextremisten und ihre Bestrebungen, sich Foren zu verschaffen, so weit wie möglich einzuschränken. Insbesondere den Sicherheits- sowie den Ordnungsbehörden kommt im repressiven Bereich große Bedeutung zu. Deren reibungsloses Zusammenwirken beruht nicht zuletzt auf einem intensiven Informationsaustausch.

Niemand wird aufgegeben: In diesem Sinne hat die Landesregierung ein Aussteigerprogramm beim Landesjugendamt eingerichtet. Das Angebot können auch besorgte bzw. betroffene Eltern wahrnehmen, für die eigens eine Elterninitiative geschaffen worden ist. Hinzu kommen eine Opferberatung und ein weiteres Programm mit dem Titel „Rückwege“, das jungen Menschen, die an der Schwelle zum Rechtsextremismus stehen, frühzeitig helfen soll, wieder zurückzufinden.

Geförderte Präventionsmaßnahmen 2011 (Stand: 5. Dezember 2011):

Neben der Konzeption und Umsetzung einer Vielzahl von Präventionsmaßnahmen fördert die Landesregierung regelmäßig und dauerhaft Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus. Diese umfassen – wie beschrieben – Projekte, Maßnahmen etc., die sich unmittelbar am Thema Rechtsextremismus orientieren sowie solche, die mittelbar Präventionswirkung entfalten sollen. Damit wird ein ganzheitlicher Präventionsansatz gewährleistet. Zudem soll im Sinne der beschriebenen Bekämpfungsstrategie ein möglichst breites gesellschaftliches Bündnis entstehen.

Im laufenden Kalenderjahr wurden unter diesen Prämissen im Wesentlichen gefördert:

#### **Staatskanzlei**

Die Maßnahmen der Staatskanzlei gegen Rechtsextremismus richten sich an ein breites Zielgruppenspektrum in der Gesellschaft. Ihre Schwerpunkte sind die Förderung von:

- gesamtgesellschaftlichem und bürgerschaftlichem Engagement,
- Demokratiebewusstsein,
- Zivilcourage.

Hierzu zählen exemplarisch Maßnahmen wie:

Studententage „Rechtsextremismus im Alltag“

Die Studententage werden von der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V. in Zusammenarbeit mit dem Landtag Rheinland-Pfalz, der Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung in der Staatskanzlei, dem Ministerium des Innern, für Sport und Infra-

struktur, dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur, der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e. V. und der Fridtjof-Nansen-Akademie Ingelheim ausgerichtet. Unterstützt werden sie von einem breiten Bündnis zivilgesellschaftlicher Initiativen und staatlicher Stellen.

Die Studientage versuchen einen Überblick zur aktuellen Situation zu geben, Gefahren bis hin zu zunehmender rechtsextrem motivierter Gewaltbereitschaft und Lösungsansätze aufzuzeigen. Nach einführenden Filmen und Vorträgen können sich die Schülerinnen und Schüler in verschiedenen Workshops und Arbeitsgruppen aktiv mit Themen wie „rechtsextreme Musik“, „Rechtsextremismus im Internet“ oder „Rechtsextremismus und Gewalt“ auseinandersetzen. Um die Nachhaltigkeit der Informationsveranstaltung zu sichern, werden im Anschluss an den Studientag weitere Maßnahmen mit den beteiligten Schulen vereinbart.

BrückenPreis: Engagement leben, Brücken bauen, Integration stärken.

Der Preis für Integration durch bürgerschaftliches Engagement

Mit dem „BrückenPreis“ sollen Projekte, Organisationen und Engagierte in Rheinland-Pfalz geehrt werden, die mit ihrer Arbeit das Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung, die Begegnung und den Dialog von Jung und Alt, das Zusammenleben mit unseren europäischen Nachbarn, den Kampf gegen soziale Benachteiligung, Ausgrenzung und Diskriminierung sowie die Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Sprache und Hautfarbe fördern. Auch die Auseinandersetzung mit und der Kampf gegen Rechtsextremismus sind dabei wichtige Anliegen.

Verliehen wird der „BrückenPreis“ in fünf Kategorien zum Internationalen Tag der Freiwilligen. Die Preisträger erhalten eine symbolische Brücke und jeweils 2 000 € als finanzielle Unterstützung für ihr Engagement.

Landesweiter Demokratietag Rheinland-Pfalz

Beteiligung und aktives Engagement von Schülerinnen und Schülern sowie Eltern bei der Gestaltung von Schule und Gemeinwesen stehen im Mittelpunkt des Demokratietages Rheinland-Pfalz. Der Demokratietag ist Teil der Umsetzung des von 2002 bis 2007 durchgeführten Bund-Länder-Programms „Demokratie lernen & leben“.

Der Demokratietag dient als Forum des Austauschs interessierter Schulen und Einzelpersonen, der Institutionen und Multiplikatoren der politischen Bildung und zahlreicher zivilgesellschaftlicher Initiativen. Im Rahmen eines „Marktes der Möglichkeiten“ präsentieren sich die Netzwerke der Modellschulen für Partizipation und Demokratie, der UNESCO-Projektschulen und der an den Wettbewerben „Deutscher Schulpreis“, „Demokratisch Handeln“ und „Wir bestimmen mit!“ beteiligten Schulen und außerschulischen Projekte. Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Gewalt in Schulen ist stets ein wichtiges Thema der Veranstaltung. Der nunmehr sechste Demokratietag Rheinland-Pfalz fand am 22. September 2011 in Wörrstadt unter dem Motto „Wege zu einer demokratischen Lernkultur“ statt.

#### Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur (ISIM)

a) Verfassungsschutz – Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus

Die Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus hat 2011 bislang folgende Projekte gefördert:

Projekt:	Initiator:	Förderbetrag:
Auschwitz-Gedenkstätten-Fahrt	BBS Wein- und Gartenbau, Neustadt/Weinstraße	500,00 €
Interkulturelles Begegnungsfest	Freundeskreis <a href="http://www.aufeinanderzuehen.de">www.aufeinanderzuehen.de</a> , Hachenburg	300,00 €

Für folgende Projekte wurde die Förderung 2011 eingeleitet/bewilligt:

Projekt:	Initiator:	Förderbetrag:
Konzert Philharmonischer Verein der Sinti und Roma zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus 2012	Landtag Rheinland-Pfalz mit Kooperationspartnern	2 500,00 €
Veranstaltung zum Thema Verfolgung der Sinti und Roma am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus 2012	FORUM EINE WELT e. V., Gerolstein	400,00 €

## b) Polizei

Die Polizei (ohne Leitstelle Kriminalprävention) hat 2011 bislang folgende Projekte gefördert:

Projekt:	Beschreibung:	Förderbetrag:
Präventionsprojekt „easi“	Seitens des LKA wird seit mehr als zehn Jahren das Präventionsprojekt „easi“ zur Reduzierung von Gewalt, Sucht und Fremdenfeindlichkeit in Zusammenarbeit mit Kommunen, Schulen und örtlichen Vereinen durchgeführt.	6 386,62 €
Förderung der Zentren Polizeiliche Prävention	Aus dem Präventionstitel des LKA wurden die fünf Polizeipräsidien für präventive Aktionen mit je 1 000 € gefördert.	5 000,00 €

## c) Polizei – Leitstelle Kriminalprävention

Zu den Kernaufgaben der Leitstelle „Kriminalprävention“ im Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur gehört die Beratung und Betreuung der kriminalpräventiven Gremien, die in über 100 Kommunen eingerichtet sind. Zur Förderung von Präventionsprojekten dieser Gremien kann die Leitstelle auf Antrag Zuschüsse gewähren. Zum Thema Rechtsextremismus förderte die Leitstelle „Kriminalprävention“ im laufenden Jahr folgende Projekte:

Projekt:	Beschreibung:	Förderbetrag:
Ausbildung von Zivilcourage-trainerinnen und -trainern	Leitstelle Kriminalprävention	14 000,00 €
Aktionswoche Jugendschutz	VG Ramstein-Miesenbach	1 000,00 €
Schulprojektwoche „Berichte über Gewalt“	Stadt Trier, AG Rechtsextremismus	1 000,00 €
Projektwochen zur Gewaltprävention	Kreis Trier-Saarburg und Stadt Trier	1 000,00 €
Die Welt in der wir leben – Jugendliche in der Auseinandersetzung mit Gewalt und aktiver Teilnahme in der Gesellschaft	VG Daaden, Hermann Gmeiner Schule	580,00 €
Aktionstag „easi“ – Erlebnis, Aktion, Spaß und Information	Stadtverwaltung Bingen	500,00 €
Netzwerk für Demokratie und Courage	DGB Rheinland-Pfalz	9 700,00 €
Veranstaltungsreihe „Mit mir nicht!“ – Initiative für starke Kinder	Kreisverwaltung Mayen-Koblenz	1 000,00 €
Herbst-Sportnacht 2011	Stadtverwaltung Koblenz	630,00 €

**Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (MBWWK)**

a) Das MBWWK hat 2011 bislang folgende Projekte gefördert:

Schule/Institution:	Projekt:	Förderbetrag:
Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung, Mainz	Fortbildung Antisemitismus	770,50 €
Gedenkstätte Osthofen	Gedenkstättenfahrt/Lehreraustausch Oppeln	3 000,00 €
Zeig Rassismus die rote Karte (sechs Veranstaltungen)	Präventionsprojekt gegen Rassismus	3 600,00 €
Realschule plus Nastätten	Gedenkstättenfahrt Dachau	350,00 €
Bezirksverband Pfalz	Unterrichtsmaterialien Gedenkarbeit	200,00 €
IGS Kandel	Projekttag Rechtsextremismus	60,00 €
Freie Waldorfschule Mainz	Gedenkstättenarbeit	600,00 €
Landkreis Kusel	Festival „Kein Bock auf Nazis“	940,00 €
Weiterbildungszentrum – WBZ, Ingelheim	Studententage Rechtsextremismus	3 600,00 €
Thüringer Kultusministerium	Förderprogramm „Demokratisch Handeln“	2 000,00 €
Ausstellungsprojekt MBWWK und Landtag Rheinland-Pfalz	„Anne Frank – eine Geschichte für heute“	9 015,10 €
Pädagogisches Landesinstitut	Koordinierungsstelle Zeitzeugen	5 000,00 €
Pädagogisches Landesinstitut	Koordinierungsstelle „Demokratie lernen und leben“	6 000,00 €
Pädagogisches Landesinstitut	Landesanteil Serviceagentur „Ganztagig lernen“: Schulnetzwerke Modellschulen der Demokratie und Partizipation an Ganztagschulen	120 000,00 €
Netzwerk für Demokratie und Courage – NDC	Projektstage an Schulen	1 000,00 €
Kiko – Büro für Kommunikation, Frankfurt	Homepage <a href="http://www.demokratielernenundleben.rlp.de">www.demokratielernenundleben.rlp.de</a>	7 080,50 €

b) Landeszentrale für politische Bildung (LpB)

Die Landeszentrale für politische Bildung unterstützt zahlreiche Präventionsmaßnahmen in fachlicher (z. B. durch Beratung oder Zurverfügungstellung von Materialien), personeller (z. B. durch Vermittlung von Referenten oder Entsendung eigener Referenten) und finanzieller Hinsicht. Die LpB hat 2011 bislang folgende Projekte gefördert:

Veranstaltung/Projekt:	Träger:	Förderbetrag:
Der Islam und die politische Rechte	Aktion 3. Welt	500,00 €
Extremismus und Gewalt in der Gesellschaft – Erscheinungsformen und Gegenstrategien	Europa-Haus Marienberg	500,00 €
Integration macht Schule V. Erinnerungskultur in der Einwanderungsgesellschaft	Evangelische Akademie der Pfalz	1 000,00 €
SV – Demokratie in der Schule	Heinrich Pesch Haus	1 500,00 €
Kultur der Erinnerung – Luxemburg	Katholische Akademie Trier	1 500,00 €
Gedenken – Vergessen oder Weitergehen? Erinnerungskultur heute	Katholische Akademie Trier	1 500,00 €
Inherit the truth – Die Wahrheit erben. Von Gedenkarbeit zu aktiver Staatsbürgerschaft	Pfalz Akademie Lambrecht	2 000,00 €
Wie funktioniert die deutsche Demokratie? (mehrere Veranstaltungen)	VHS Neuwied	80,00 €

Veranstaltung/Projekt:	Träger:	Förderbetrag:
Mut gegen Rechts – Mut gegen Gewalt: Aggression, Gewalt und Rassismus (mehrere Veranstaltungen)	Weiterbildungszentrum – WBZ Ingelheim	5 500,00 €
Politik und Verantwortung	WBZ Ingelheim	500,00 €
A role Model for integration? Integration und Politik in Deutschland und den USA	WBZ Ingelheim	500,00 €
Methoden der Menschenrechtsbildung für Lehrerinnen und Lehrer an Grund- und Förderschulen (mehrere Veranstaltungen)	WBZ Ingelheim	750,00 €
„Homestory Deutschland“ Bühnenstück	Unterwegs für eine gerechte Welt e. V. (Trägerverein des Weltladen Unterwegs)	300,00 €
Meine Sprache wohnt woanders	Katholische Erwachsenenbildung im Bistum Trier	250,00 €
Religion und Integration	Arbeitsgemeinschaft Burg Waldeck e. V.	500,00 €
Lesung mit Lea Fleischmann	Förderverein ehem. Synagoge Odenbach	250,00 €
12. Tage der politischen Bildung	Deutsche Vereinigung für politische Bildung	750,00 €
6. Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz	De Ge De – Deutsche Gesellschaft für Demokratie- pädagogik e. V.	300,00 €
Rollenspiel im Argumentationstraining gegen Stammtischparolen	Rat für Kriminalitätsverhütung Ludwigshafen	370,00 €
Heiliges Essen – Das Judentum für Nichtjuden ver- ständlich gemacht – Lesung mit Lea Fleischmann	Protestantisches Dekanat Neustadt/Weinstraße	250,00 €
Die Pfälzische Landeskirche in der NS-Zeit – Ein Handbuchprojekt – Autorentagung und öffentlicher Vortrag	Evangelische Akademie der Pfalz	500,00 €
Lesung: Mädelsache – Frauen in der Neonazi-Szene und Filmprojekt: Braune Kameradinnen	Kreisverwaltung Donnersbergkreis	200,00 €
Studententage Rechtsextremismus im Alltag	DeGeDe – Deutsche Gesellschaft für Demokratie- pädagogik e. V.	2 000,00 €
Juniorwahl	Kumulus e. V.	5 740,00 €
Ausstellung „Der Überlebenskampf jüdischer Deportierter aus Luxemburg und der Trierer Region ins Ghetto Litzmannstatt“	Förderverein Synagoge Konz-Könen	2 974,78 €
Diverse Projekte	Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten	8 000,00 €
Publikationsprojekt „Carl Hausmann – Gerettet“	VG Kirchheimbolanden	1 000,00 €

**Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen (MIFKJF)**

Das MIFKJF hat 2011 bislang folgende Projekte im Bereich Integration gefördert:

Zuwendungsempfänger:	Projekt:	Förderbetrag:
Caritasverband Worms e. V. Migrationsdienst Rheinstraße 45, 67574 Osthofen	Integrationswerkstatt Osthofen	10 000,00 €
Prof. Dr. Gunnar Schwarting Städtetag, 55116 Mainz	Kinder-Uni Trier, Workshop zum Thema „Fremd in der Stadt?“	500,00 €
Caritas-Zentrum Landau, 76829 Landau	Tandemprojekt „Integration durch Dialog“ (EIF Projekt)	2 000,00 €
ZMO – Zusammenarbeit mit Osteuropa e. V. Zentralverband Deutscher und Osteuropäer 66482 Zweibrücken	Kinder- und Jugendschwimmgruppe – Integration durch Sport	530,00 €
Deutscher Kinderschutzbund Landau-Südliche Weinstraße/Quartiersmanagement	Begegnungscafé „International“, Offener Treffpunkt für Migrantinnen im Quartiersmanagement Horst	4 320,00 €
Bürgerstiftung Pfalz, 76889 Klingenmünster	Lernpatenprojekt „Keiner darf verloren gehen“ 2011	20 000,00 €
Bürgerstiftung Pfalz, 76889 Klingenmünster	Ausbildungspatenprojekt „Wir brauchen Dich“ 2011	20 000,00 €
Stadt Frankenthal Kindertheater	Kindertheater Projekt	1 068,00 €
Stadt Ludwigshafen, Integrationsbeauftragte	Veranstaltung im Januar 2011 zum Thema „Älter werden in Ludwigshafen“	850,00 €
Verbandsgemeinde Hamm (Sieg), 57573 Hamm	Streetworker zur aufsuchenden und einzelfallorien- tierten Sozialarbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der VG Hamm (Sieg)	10 500,00 €
Arbeit und Leben Rheinland-Pfalz Gesellschaft für Beratung und Bildung, Mainz	Neustadt-Projekt	58 800,00 €
Stadtverwaltung Kaiserslautern, Integrations- beauftragter	Veranstaltung im April 2011 „Türkei“	1 000,00 €
Konferenz der Frauenhäuser Bad Breisig	Multiplikatorinnenprojekt zur Optimierung der interkulturellen Arbeit in rheinland-pfälzischen Frauenhäusern	12 500,00 €
Frauenhaus-Beratungsstelle Netzwerkstatt e. V., Trier	inter-cultur-elle, Frauen leben und lernen	4 000,00 €
Verbandsgemeinde Schönberg-Kübelberg KiTa „Kleine Strolche“, Schönberg-Kübelberg	Musikalisches Sprachförderprojekt „Die Welt der bunten Töne erleben“	3 930,00 €
Stadt Ludwigshafen, Integrationsbeauftragte	Virtueller Stadtrundgang in Ludwigshafen	1 400,00 €
Kreml Kulturhaus Soziokulturelles Zentrum Kultur Regional & Modernes Lernen e. V., 65623 Hahnstätten	Filmvorführung mit Regisseurin von „Deutsch aus Liebe“ am 4. März 2011 in Hahnstätten	500,00 €
Pro-Winzokino Hunsrück e. V., 55469 Simmern	Filmvorführung mit Regisseurin von „Deutsch aus Liebe“ am 4. März 2011 in Hahnstätten	450,00 €
Kreisverwaltung Cochem-Zell, Integrations- beauftragte, 56803 Cochem	Filmvorführung mit Regisseurin von „Deutsch aus Liebe“ im November 2011	300,00 €
Maria Eymard Grupp de Toledo/Heinrich- Mumbächer-Schule Mainz-Bretzenheim	Theaterprojekt für Kinder der 2. und 3. Klasse	1 900,00 €
Haus der Familie, Bad Bergzabern	Tag der Integration am 28. Mai 2011 in Bad Bergzabern	500,00 €
Ev. Kirchengemeinde Hamm/Sieg/VG Hamm-Sieg	Interkulturelle Kulturwerkstatt	3 000,00 €
Internationaler Versöhnungsbund e. V., Regional- gruppe Cochem-Zell	Forum Friede-Umwelt-Integration am Rheinland- Pfalz-Tag 2011	800,00 €

Zuwendungsempfänger:	Projekt:	Förderbetrag:
Arbeitsgemeinschaft Burg Waldeck e. V., 56290 Dorweiler	Seminar „Religion und Integration“ Ostern 2011 auf der Burg Waldeck	1 100,00 €
Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz	Konzeption und Durchführung von Weiterbildungs- veranstaltungen zum Thema Umgang mit dem Islam	35 600,00 €
Begegnungshaus Büchenbeuren	Arbeit des Begegnungshauses 2011	10 000,00 €
Kreisverwaltung Kusel, Gleichstellungs- beauftragte	Informationsfahrt zum Hambacher Schloss des Internationalen Treffs	157,50 €
Beirat für Migration und Integration Landau	Filmprojekt „Alles Landauer – Integration kann gelingen“	5 000,00 €
Galip Yilmabasar Innovative Kommunikaton & Design, 65193 Wiesbaden	Ausstellung „Der unsichtbare Türke“ aus Anlass des des 50-jährigen Jubiläums des Anwerbeabkommens mit der Türkei	15 000,00 €
Forum Eine Welt Gerolstein	Fest der Nationen 2011	1 000,00 €
Internationaler Bund Ingelheim	Multikulturelle Mädchen- und Frauenbegegnungs- und Sportgruppe	860,00 €
Arbeitskreis Asyl Nierstein	Internationales Kulturfest am 21. August 2011 in Nierstein	500,00 €
Stadt Schifferstadt, Gleichstellungsbeauftragte	Fest der Kulturen am 11. September 2011 in der Waldfesthalle Schifferstadt	700,00 €
Stadtverwaltung Ludwigshafen Integrations- beauftragte	Fachtagung am 12. Mai 2011 zum Thema „Extremis- tische Tendenzen in der multiethnischen Stadt“	1 000,00 €
FH Koblenz, Institut für Forschung und Weiterbildung, Fachbereich Sozialwesen, Stadt- und Gemeindeforschung	Soziale Integration von Aussiedlern im ländlichen Raum im Rahmen einer Dorfmoderation	15 450,00 €
Integrationsbeauftragte der Stadt Landau	Tag der Integration am 18. Juni 2011 in Landau	500,00 €
Profilstelle Ökumene im Ev. Dekanat Worms-Wonnegau, 67547 Worms	Interkulturelle Woche in Worms 2011	500,00 €
Organisationskomitee Türkisch-Deutscher Tag 2011	Türkisch-Deutscher Tag 2011 am 5. Juni 2011 in Ludwigshafen	2 000,00 €
Fidibus, Zentrum für Familie/Begegnung/ Kultur e. V., Trier	Fortbildungsprojekt Interkulturelle Musikwerkstatt	712,00 €
Familienzentrum Adenau e. V.	Internationaler Kochtreff	937,50 €
Stadt Kaiserslautern, Referat Jugend und Sport	Interkulturelle Woche in Kaiserslautern vom 25. September bis 3. Oktober 2011	1 000,00 €
Gemeindeverwaltung Haßloch	Autorenlesung zum 50-jährigen Jubiläum des Anwerbe- abkommens mit der Türkei im November 2011	1 000,00 €
Arbeitskreis Integration der VG Saarburg, 54439 Saarburg	Veranstaltungen im Rahmen der interkulturelle Wochen in der VG Trier-Saarbrug	750,00 €
Caritasverband Rhein-Mosel-Ahr e. V., Jugendmigrationsdienst, 56702 Mayen	Veranstaltung zur Interkulturellen Bildung, Lesung von „Halbmondwahrheiten“ am 7. September 2011 in Bad Neuenahr-Ahrweiler	250,00 €
Jugendfeuerwehr Rheinland-Pfalz im Landesfeuerwehrverband Rheinland-Pfalz e. V.	Projekt „Klappe und Action“ zur Förderung der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund	6 684,50 €
Caritasverband Rhein-Hunsrück- Nahe e. V., 55462 Simmern	Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche im Rhein-Hunsrück-Kreis	300,00 €
Frauennotruf Trier	Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche September/Oktober 2011	500,00 €

Zuwendungsempfänger:	Projekt:	Förderbetrag:
Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Bitburg-Prüm, 54634 Bitburg	Eröffnung Fotoausstellung „Emina putz Vorurteile weg“	500,00 €
Beirat für Migration und Integration, Frankenthal	Filmabend „Deutsch aus Liebe“ am 26. Okto- ber 2011 in Frankenthal	490,00 €
Stadt Ludwigshafen Kulturbüro	Kindertheater International 2011	14 000,00 €
Stadtverwaltung Ludwigshafen, Integrations- beauftragte	Festveranstaltung in Ludwigshafen aus Anlass des 50. Jahrestags des Anwerbeabkommens mit der Türkei am 5. November 2011	950,00 €
KVHS Rhein-Lahn, Bad Ems	Filmvorführung „Deutsch aus Liebe“ mit anschließender Diskussion am 16. Novem- ber 2011 in Nassau	450,00 €
Kultur Rhein-Neckar e. V., Ludwigshafen	Vernissage und Theaterabend zur Präsentation des Projekts „Traumgärtchen“ im Nov. 2011 in Ludwigshafen	3 800,00 €
Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Fachbereich Sprachwissenschaften Germersheim	Tagung „Rückkehr in die Fremde“ vom 10. No- vember bis 12. November 2011 in Germersheim	525,00 €
Kultur Rhein-Neckar e. V., Ludwigshafen	Fotoausstellung „Hundert Fotografien“ von Mehmet Ünal	2 000,00 €

Das MIFKJF hat 2011 bislang folgende Projekte im Bereich Jugend gefördert:

Maßnahmen, Einrichtung:	Projektbeschreibung:	Förderbetrag:
Jugendschutz.net	Auswertung jugendaffiner rechtsextremistischer Inhalte im Internet	17 000,00 €
Netzwerk für Demokratie und Courage	Projekttag an Schulen zum Thema Rechts- extremismus	55 000,00 €
Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus	Beratung bei rechtsextremistischen Vorfällen	50 000,00 €
Förderung von sozialen Bildungsmaßnahmen		1 142 900,00 €*)
Förderung von politischen Bildungsmaßnahmen		384 000,00 €*)
Förderung von Partizipation		100 000,00 €*)
*) Haushaltsansatz für 2011.		

### Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie (MSAGD)

Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des MSAGD dienen zumindest mittelbar auch der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Sie zielen insgesamt auf die Erwerbsintegration, erhöhen die Chancen der Betroffenen auf eine individuell sinnstiftende und zufrieden stellende Arbeit und wirken damit auch rechtsextremen Entwicklungen entgegen. In Rheinland-Pfalz werden aktuell (November 2011) 350 arbeitsmarktpolitische Projekte aus Mitteln des Landes und des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert.

Im Hinblick auf die beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV) in der Abteilung Landesjugendamt angesiedelten Projekte gegen Rechtsextremismus fallen für das Aussteigerprogramm und die damit verbundenen Projekte im Jahr 2011 voraussichtlich folgende Ausgaben an: Personalkosten ca. 350 000 €, Sachkosten einschließlich der allgemeinen Kosten für Informations- und Kommunikationstechnik ca. 15 800 €, Kosten der Internet-Systeme für das Projekt „Komplex“ ca. 19 200 €. Anzurechnende Einnahmen sind in Höhe von rund 175 000 € aus Zuwendungen des Bundes zu erwarten.

**Ministerium der Finanzen (FM)**

Das FM hat 2011 folgendes Projekt gefördert:

<b>Maßnahme:</b>	<b>Projektbeschreibung:</b>	<b>Förderbetrag:</b>
Elektronische Erfassung der Akten über die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus	Zugänglichmachung der Entschädigungsakten der Opfer des Nationalsozialismus für wissenschaftliche und regionalhistorische Zwecke	1 400,00 €

**Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung (MWKEL)**

Die durch das MWKEL geförderten Ausbildungsplatzsonderprogramme zielen auf die Integration von Jugendlichen in den Ausbildungsmarkt und schaffen auf diese Weise die Voraussetzungen für einen späteren Zugang zum Arbeitsmarkt. Die Maßnahmen wirken damit mittelbar durch die gesellschaftliche Einbindung der Jugendlichen rechtsextremen Tendenzen entgegen. Im Rahmen des ISB Ausbildungsplatzdarlehens und der Förderung der Verbundausbildung wurden im Jahr 2010 insgesamt 242 Ausbildungsplätze für Jugendliche gefördert, die dadurch geschaffen werden konnten. Ziel des Programms zur Förderung der Übernahme von Auszubildenden aus Insolvenzbetrieben ist es, den Jugendlichen trotz der Insolvenz ihres Ausbildungsbetriebes die Möglichkeit zu geben, die Ausbildung ohne größere Reibungsverluste fortzusetzen und somit ein Scheitern der Integration in den Arbeitsmarkt zu verhindern. Im Rahmen dieses Programms wurden im Jahr 2010 53 Übernahmen gefördert. Auch im Jahr 2011 wurden die Sonderprogramme zur Aus- und Fortbildung weitergeführt und mit über 1,2 Mio. Euro gefördert.

Roger Lewentz  
Staatsminister